

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Der Zürcher Zeitung 212. Jahrgang

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29
Anzeigenabteilung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telefon 258 16 77
Inhabersbesonderheit: Telefon (01) 258 15 30, Telefax 258 18 39
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 18 39
Abonnementspreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Schweiz
Fr. 1.50
bFr. 60.— Lit. 2200.— sKr. 12.—
dKr. 12.— IFr. 45.— Ps. 200.—
DM 2.50 hfl. 3.25 Kan. Inseln
Pfr. 10.— nKr. 13.— Ps. 225.—
Dr. 260.— öS 20.— LF 4000.—
£ 0.90 Esc. 240.— Fl. 90.—

Neuer Aufmarsch der Armee in Algerien

Sieben Tote bei Zusammenstößen

Alger, 26. Juni. (afp/Reuter/dpa) Die algerische Armee hat in der Nacht zum Mittwoch auf den wichtigsten Plätzen der Hauptstadt Algier mit Panzern Stellung bezogen. In den Hochburgen der Islamischen Heilsfront kam es zu heftigen Feuergefechten. Bei den Auseinandersetzungen sind nach Armeangaben sieben Menschen ums Leben gekommen. Die Nachrichtenagentur APS verbreitete ein Militärcommuniqué, in dem es weiter hiess, 34 Personen seien bei den Unruhen in der Hauptstadt verletzt worden. Jugendliche hätten trotz dem Ausgehverbot in fünf Gegenden der Stadt *Barrikaden* errichtet. Am Morgen kehrte wieder Ruhe ein.

Innerhalb der Heilsfront vergrösserte sich die Kluft zwischen ihrem Leiter *Abassi Madani* und anderen Spitzenvertretern, welche ein Ende des Blutvergiessens forderten. *Fakir Bachir* und zwei weitere Führungsmitglieder machten ihre Bereitschaft zum Dialog mit der Regierung deutlich. Sie ermahnten ihre Anhänger zur Ruhe, um ein Blutbad zu vermeiden. Zugleich forderten sie ihre Anhänger zu Ungehorsam gegenüber Madani auf. Er sei eine Gefahr für die Heilsfront und die Muslime, erklärten sie am algerischen Fernsehen. Am Dienstag morgen hatte die Armee überraschend ihre Stellungen in Algier verlassen, die sie seit der Verhängung der Ausgangssperre vor drei Wochen bezogen hatte.

Kuwait wandelt Todesurteile in Haftstrafen um

Kuwait City, 26. Juni. (Reuter) Kuwait hat am Mittwoch die 29 Todesurteile gegen mutmassliche Kollaborateure in lebenslange Haftstrafen umgewandelt. Die Nachrichtenagentur Kuna meldete, die Weisung sei vom Regierungschef, *Sheikh Saad al-Abdullah al-Sabah*, ergangen. Der Prinz habe die gegen andere Angeklagte verhängten Freiheitsstrafen bestätigt. Die Verfahren vor Militärgerichten waren unter internationale Kritik geraten und werden nun der Zivilgerichtsbarkeit übergeben.

Tagesinformation

- Bundesrat setzt auf F/A-18**
Der Bundesrat hat am Mittwoch beschlossen, dem Parlament mit dem Rüstungsprogramm 1992 die Beschaffung von 34 amerikanischen Kampfflugzeugen des Typs F/A-18 zu beantragen. Seite 21
- Integration der Ostschweiz ins Neat-Konzept**
Mit zwei weiteren Tunneln und dem Ausbau der Zufahrtlinie durch das Toggenburg soll die Ostschweiz für rund 850 Millionen Franken ins Konzept der Alpentransversalen (Neat) einbezogen werden. Seite 22
- Die entwicklungspolitischen Auflagen eines IMF-Beitritts**
Bisher hat die Schweizerische Nationalbank den geplanten Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen loyal mitgetragen. Die nun vom Sänderat gutgeheissenen entwicklungspolitischen Auflagen bereiten der Notenbank indes zunehmend Sorgen und lassen Befürchtungen aufkommen, dass damit der Beitrag der Schweiz zur Stärkung der währungspolitischen Funktion des Internationalen Währungsfonds (IMF) geschmälert würde. Seite 35
- Sperrung der Zürcher Innenstadt?**
Der Zürcher Stadtrat befragt eine Sperrung der Innenstadt für den Motorfahrzeugverkehr als Massnahme gegen den Sommerstau während der Monate Juli und August; in diesem Sinne stellt er dem Regierungsrat Antrag. Seite 53
- Betriebsbeitrag für das «neue» Kanzleizentrum**
Der Zürcher Stadtrat beantragt dem Gemeinderat die Bewilligung eines jährlich wiederkehrenden Kredites von 750 000 Franken für den unbefristeten Betrieb des «neuen» Kanzleizentrums. Seite 55
- Nichts Neues an der Spitze der «Tour»**
Die 8. Etappe der Tour de Suisse von Genf nach Murten über 202 km ist vom australischen Radprofessor Phil Anderson im Sport vor dem Dänen Sörensen gewonnen worden. Weil sich die Spitzenfahrer geschlossen im Hintergrund aufhielten, ergab sich an der Spitze des Gesamtklassments keine Änderung. Roosen bleibt Leader vor Richard. Seite 61

| Inhaltsübersicht | Umfang | 76 Seiten |
|------------------|--------|---------------------|
| Ausland | 1-5 | Radio und TV 31/32 |
| Wetter und | | Wirtschaft 33-40 |
| Vermischtes | 7, 9 | Börsen 43-51 |
| Inland | 21-25 | Stadt und |
| Feuilleton | 27, 29 | Kanton Zürich 53-60 |
| Roman | 30 | Sport 61-63 |

Tourismus Seite 65-68

Anzeigen-Überblick Seite 2

Nach der Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien

Jugoslawiens beschleunigter Zerfallsprozess Die Bundesregierung droht mit Gegenmassnahmen

Die jugoslawische Bundesregierung hat in der Nacht zum Mittwoch - ebenso wie das föderale Parlament - die Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien für null und nichtig erklärt. Gleichzeitig wurden in vager Form Massnahmen angekündigt, mit denen das «normale Funktionieren» des Staates gewährleistet werden soll. Es geht dabei vor allem um die Sicherung der inneren und äusseren Grenzen.



Soldaten der jugoslawischen Armee in einem Schützenpanzer in Ljubljana. (Bild Reuter)

C. Sr. Ljubljana, 26. Juni

Die Bundesregierung hat in der Nacht auf Mittwoch an einer Sondersitzung die Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien als einen einseitigen Akt der Abspaltung in scharfer Form zurückgewiesen. Die Bundespolizei wurde ermächtigt, in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium die Kontrolle über die auf dem Territorium Sloweniens liegenden Grenzen Jugoslawiens zu übernehmen. Was das genau bedeutet und ob bereits damit begonnen wurde, diesen Beschluss in die Tat umzusetzen, ist im Augenblick nicht ganz klar. Am Mittwoch soll es an einigen Grenzübergängen bereits zu kleineren Zwischenfällen in Form von verbalen Auseinandersetzungen um das Hissen slowenischer Fahnen oder das Aufstellen von Tafeln mit der Aufschrift «Republik Slowenien» gekommen sein. Nach der Übernahme der Zollverwaltung und der - ebenfalls der Föderation unterstellten - Grenzübergänge durch Slowenien droht offenbar erneut ein Konflikt mit der jugoslawischen Regierung um die Zollannehmungen, mit denen bisher das Bundesbudget gespeist wurde. Gemäss einer Anordnung der Belgrader Regierung müssen zudem alle Kontrollpunkte, die in den letzten Tagen an der slowenisch-kroatischen Grenze errichtet wurden, wieder beseitigt werden. In Istrien, das zum einen Teil zu Kroatien und zum anderen zu Slowenien gehört, sind bereits Protestaktionen gegen diese neue Grenze und gegen die damit verbundene Aufteilung der Halbinsel auf zwei «Staaten» angekündigt worden.

Beginn der Loslösung

Mit der Verabschiedung der Unabhängigkeitserklärung durch das slowenische und kroatische Parlament hat der Zerfallsprozess eine neue Dimension erreicht. Jugoslawien hat in der bisher bestehenden Form zu existieren aufgehört. In den beiden früheren Teilrepubliken ist die Bundesverfassung, an die sich allerdings seit längerer Zeit ohnehin niemand mehr hält, ausser Kraft gesetzt worden. Gültig sind nur noch die vom eigenen Parlament beschlossenen Gesetze sowie - für eine Übergangszeit bis zum Abschluss des Prozesses der Loslösung - jene des Bundes, die noch nicht suspendiert wurden. Kroatien und Slowenien haben mit diesem Akt im Prinzip alle an die Föderation abgegebenen Rechte und Pflichten wieder übernommen. Die internationalen Grenzen sowie die Trennlinie zwischen den beiden neuen souveränen Staaten sind zu slowenischen bzw. kroatischen Staatsgrenzen erklärt worden. Auch haben sich Slowenien und Kroatien noch am Dienstagabend gegenseitig anerkannt. In der kroatischen Unabhängigkeitserklärung wird zudem ausdrücklich festgehalten, dass mit der Proklamierung der Selbständigkeit der Prozess der

Loslösung von Jugoslawien beginnt. Auch wird in Kroatien lebenden Serben sowie den Angehörigen der andern Minderheiten die Einhaltung aller Menschen- und Bürgerrechte garantiert sowie kulturelle Autonomie zugesichert.

In einer Sonderausgabe der slowenischen Zeitung «Delo», die bereits am Dienstagabend erschien, sind auf der ersten Seite die neuen nationalen Symbole sowie eine Karte Sloweniens abgedruckt. «Slowenien ist unabhängig», heisst es in grossen Lettern und darüber stehen die Worte: «Nach tausend Jahren deutscher Herrschaft und nach 73 Jahren in Jugoslawien». Während in den Zeitungen die Erfüllung eines jahrhundertalten Traums des slowenischen Volkes über Seiten hinweg gebührend gefeiert wurde, war auch nach der Proklamierung der Unabhängigkeit am Dienstagabend auf den Strassen und Plätzen der Innenstadt von Ljubljana nichts von Begeisterung zu spüren. Nirgends wurde gefeiert oder gesungen. Die meisten Leute hätten, so meinte einer, angesichts der steigenden Preise und der zunehmenden



den Arbeitslosigkeit ganz andere Sorgen. Viele seien zudem der schönen Worte und Deklarationen, durch die ohnehin kaum etwas verändert werde, müde.

Folgen andere Republiken?

Es gilt vor allem auch abzuwarten, was nun in den jugoslawischen Teilrepubliken geschieht. *Mazedonien* hatte bereits früher die Loslösung von Jugoslawien angekündigt, falls sich Slowenien und Kroatien für unabhängig erklären sollten. Für Mittwoch ist auch das Parlament der Teilrepublik *Bosnien-Herzegovina* zu einer Sondersitzung einberufen worden. Es ist zudem zu befürchten, dass es in nächster Zeit in dem auf dem Territorium Kroatiens widerrechtlich gebildeten «serbischen

Verzögerte Uno-Inspektion irakischer Militäranlagen

Nuklearmaterial unterdessen entfernt?

Nikosia, 26. Juni. (Reuter) Der Irak hat nach mehrstägiger Weigerung am Mittwoch Uno-Inspektoren in eine Atomanlage bei Bagdad eingelassen. Die irakische Agentur INA meldete, die Weigerung begründe Ausserminister Ahmed Hussein mit dem islamischen Fest Eid al-Adha. Hussein sagte, der Irak werde weiterhin mit der Uno bei der Erfüllung der Auflagen der Waffenstillstandsresolutionen zusammenarbeiten. Dazu gehört die Inspektion aller Anlagen, in denen Massenvernichtungswaffen oder deren Bestandteile hergestellt werden können. Die Weigerung des Iraks, die Anlage inspizieren zu lassen, wurde am Dienstag von den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates besprochen.

Wien, 26. Juni. (dpa/Reuter/afp) Die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) in Wien bestätigte, dass ihre Beamten am Mittwoch auf das umstrittene Gelände vorgelassen wurden. Ein Sprecher sagte, gewisse Objekte, die aus der Ferne gesichtet wurden und überprüft werden sollten, seien jedoch von den Kräften entfernt worden. Die IAEA wollte nicht spekulieren, worum es sich dabei handelte. Die Inspektionen würden fortgesetzt. Laut amerikanischen Fernsehberichten hatten Kräne und schweres Gerät auf dem Gelände zu Spekulationen geführt, dass dort wichtige Anlagen stünden.

Bagdad, 26. Juni. (ap) Experten der IAEA verdächtigen die irakischen Führung, sie habe ihnen nicht alle sich mit Atomenergie befassenden Einrichtungen im Lande bekanntgegeben. Die IAEA-Experten haben nach eigenen Angaben mehr mutmassliche Nukleareinrichtungen entdeckt, als ihnen von den Irakern angegeben worden waren.

Einlenken Washingtons in der Reparationsfrage

Washington, 26. Juni. (Reuter) Nach dem Willen der USA soll der Irak mindestens 30 Prozent seiner künftigen Erdöleinnahmen für Reparationszahlungen aufbringen. Die Sprecherin des Ausserministeriums erklärte, 30 Prozent seien das Minimum dessen, was notwendig sei, um die Ansprüche der Geschädigten zu decken. Die USA, die sich ursprünglich für die Abführung von 50 Prozent der irakischen Öleinkünfte eingesetzt hatten, hätten sich der Mehrheit ihrer Verbündeten angeschlossen. Für den Ansatz von 30 Prozent gebe es im Uno-Sicherheitsrat grosse Unterstützung.

autonomen Gebiet Krajina zu grösseren Unruhen kommen könnte.

Radio Zagreb berichtete am Mittwoch über Schiessereien, bei denen mindestens zwei Personen ums Leben gekommen seien. Auch ist laut den gleichen Angaben das mehrheitlich von Serben bewohnte Südtüden *Dvor na Uni* am Dienstag von serbischen Polizisten und bewaffneten Freiwilligen besetzt worden, die alle Zufahrtsstrassen abgeriegelt hätten. Vertreter der in der «Krajina» lebenden Serben haben in der Vergangenheit immer wieder mit einem bewaffneten *Aufstand* für den Fall gedroht, dass sich Kroatien von Jugoslawien abspalten sollte. Für die selbsternannte Führung des serbischen autonomen Gebiets ist die Unabhängigkeitserklärung ohnehin lediglich ein Stück Papier. Auch soll künftig die Zusammenarbeit zwischen der kroatischen «Krajina» und einigen ebenfalls mehrheitlich von Serben bewohnten Bezirken im benachbarten Bosnien (Bosanska Krajina) intensiviert werden. Falls es in nächster Zeit - was in Zagreb nicht ausgeschlossen wird - zu einem eigentlichen Zusammenschluss der beiden Gebiete über die bestehenden Grenzen hinweg mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen serbischen Staates kommen sollte, wäre der erste Schritt zur Zerstückelung des ethnisch gemischten Bosnien getan.

(Kommentar Seite 3)

Kämpfe um eine Polizeistation

Zagreb, 26. Juni. (dpa) Bei schweren Feuergefechten zwischen Serben und Kroaten im kroatischen Dorf *Glina*, 60 Kilometer südlich von Zagreb, hat es nach Angaben des kroatischen Stellvertretenden Innenministers Moric zahlreiche Tote und Verletzte gegeben. Auf Seiten der kroatischen Polizei seien zwei Tote und mehrere Verletzte zu verzeichnen. Die genaue Zahl der Opfer soll erst später bekanntgegeben werden.

Nach offiziellen Angaben hatten serbische bewaffnete Verbände die kroatische Polizeistation gestürmt. Spezialeinheiten der kroatischen Polizei